

Rede von Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag zu:

Klimaschutz in Hessen: Klimaschutz muss sozial und ökologisch sein. Umweltministerin trickst bei CO2-Bilanz

(21.03.2017), Top: 2

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte/r Frau/Herr Präsident/in,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

verehrte Gäste,

Drei Jahre nach der Ankündigung eines Klimaschutzplans trägt die Umweltministerin nur Absichtserklärungen vor. Ihr Vortrag besteht aus Ankündigungen – eine Agentur hier, Unterstützung dort und Förderungen für die Wirtschaft - selbstverständlich klimaneutral.

- Kein Wort darüber, wo wir bei der Minderung des Treibhausgasausstoßes stehen,
- kein Wort darüber, wie viel Tonnen CO2 eingespart werden müssen,
- kein Wort darüber, welche Sektoren wie viel Einsparen müssen,
- kein Wort darüber, wann der Kohleausstieg kommen muss, um die Klimaschutzziele zu erreichen
- und kein Wort darüber, wie wir den Verkehr bis 2050 klimaneutral realisieren wollen.
- keine Strategie, wie sie die Mehrheit der Menschen beim Klimaschutz mitnehmen will.

Wir müssen feststellen:

Bis heute frühe hat die Landesregierung überhaupt noch keinen Plan vorgelegt, den man hätte überprüfen und bewerten können.

Klimaschutz braucht mehr Verbindlichkeit

„Sie werden von uns noch die Entwürfe für ein zweites, ein drittes und ein viertes hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz auf den Tisch gelegt bekommen. Denn wir wollen Sie dazu bringen, dass endlich etwas geschieht.“¹

¹ Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Kurzintervention zur Rede des Abg. Müller (Heidenrod) betreffend Erstes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz, GesetzEntw Drs [18/350](#), PIPr [18/10](#) 12.05.2009 S.581-582

Sagte 2009 in diesem Plenarsaal der heutige grüne Minister Tarek Al-Wazir der CDU-geführten Landesregierung.

Neun Jahre später erhalten wir von einer Regierung mit zwei grünen Ministern diese unverbindliche Ankündigung eines Plans.

Zu Recht haben Sie einen rechtlich verbindlichen Klimaschutz gefordert. Das muss in ein Gesetz, haben sie gesagt und jetzt schieben sie den Klimaschutz unverbindlich am Parlament vorbei.

„Klimaschutzministerin“ nannte sich Priska Hinz 2015 in Paris. In der gleichen Tragödie hatten wir auch schon einmal eine Klimakanzlerin.

Wenn Sie nicht konkret werden können, weil Sie sich mit der CDU-Fraktion nicht einigen konnten, wollen wir an dieser Stelle etwas nachhelfen.

Wo stehen wir bei der Verminderung der Treibhausgase?

Bei der Bilanzierung der klimarelevanten Emissionen behauptet die Landesregierung, dass bereits eine Senkung um 26 Prozent erreicht worden sei.

Bei dieser Rechnung wurden aber - laut Vorstudie zum Klimaschutzplan² - die Emissionen für die Stromimporte nach Hessen nicht berücksichtigt.

Das ist doch absurd. Stellen Sie sich vor, wir würden in Hessen keine einzige Kilowattstunde erzeugen und den gesamten Strom importieren. Das Ergebnis in der CO₂-Bilanz wäre eine klimaneutrale Stromversorgung. **Das ist Bilanzfälschung, was die Landesregierung macht!**

Bilanziert man auch den importierten Strom, hat Hessen in 24 Jahren laut BUND Hessen erst eine Senkung der CO₂-Emissionen um 12 Prozent erreicht, nicht 26.

Wenn wir bis 2025 40 Prozent der CO₂-Emissionen einsparen wollen - das ist das Ziel der Landesregierung – muss der Ausstoß jedes Jahr um dreieinhalb Prozent gesenkt werden. Aktuell schaffen wir noch nicht mal ein halbes Prozent.

„Ein Plan, ein Ziel: Hessen wird klimaneutral!“ Nur mit Werbesprüchen wird das nicht gelingen!

Bis 2040 muss der CO₂-Ausstoß der Industrienationen gegenüber 1990 um 95 Prozent reduziert werden. Das lässt sich aus dem Pariser Abkommen ableiten, das können Sie - Frau Ministerin – in der Greenpeace-Studie von 2016 zum Pariser Abkommen³ nachlesen. Es ist völlig unverständlich, warum die hessische Landesregierung glaubt, 10 Jahre länger Zeit zu haben. Alle OECD-Länder müssen ihren Treibhausgasausstoß 10 Jahre früher auf null gebracht haben als der globale Durchschnitt. 2050 gilt nur für Entwicklungsländer.

Sehr geehrte Frau Ministerien, auch wir glauben, dass Hessen noch viel Entwicklungspotential hat. Aber ein Entwicklungsland ist Hessen sicher nicht.

² https://umweltministerium.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/endbericht_vorstudie_klimaschutzplan_2025_hessen.pdf

³ [Greenpeace 2016: Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland](#)

Für Hessen gilt daher das Jahr 2040!

Wie wir letzte Woche vom Umweltbundesamt und den Grünen erfahren haben, sind wir derzeit noch nicht einmal auf einem Reduktionskurs. Der Ausstoß von Treibhausgasen in 2016 hat zu und nicht abgenommen. Der Treiber ist der Zuwachs des Verkehrs, der gestiegene Verbrauch von Diesel und Kerosin.

Was ist zu tun? Am Frankfurter Flughafen sind knapp die Hälfte aller Passagierflüge kürzer als 800 Kilometer. Der Anteil der Passagierflüge, deren Ziele mit der Bahn unter 4 Stunden zu erreichen wären, liegt um die 13 Prozent. Ein ökologischer und auch ökonomischer Wahnsinn, diese 60.000 Flugbewegungen nicht einzusparen. Viele Tausend Tonnen CO₂ weniger, weniger Fluglärm und weniger Luftschadstoffe.

Mit 28 Milliarden Euro wird der Luftverkehr jährlich subventioniert.⁴

Anstatt die Verlagerung von Kurzstreckenflügen umzusetzen, schaut Minister Al-Wazir zu, wie Fraport die zu hohen Kapazitäten am Frankfurter Flughafen mit Billigfliegern füllt.

Dadurch gibt es noch mehr Kurzstreckenflüge!

Was haben Sie die letzten drei Jahre getan, Herr Minister? Warum - warum schafft es ein grüner Verkehrsminister nicht, die Fraport, die sich mehrheitlich in öffentlicher Hand befindet, an einen Tisch mit einem anderen Staatskonzern zu zwingen und sich über ein Verfahren zur Verlagerung von Kurzstreckenflügen in Deutschland zu verständigen?

In Anbetracht der Herausforderungen brauchen wir größere Würfe und mehr Mut für Veränderung. Und die heißen Verlagerung von Kurzstreckenflügen und Nulltarif für alle Hessen*innen. Sozialticket, Schülerticket, Senioren- oder Jobticket usw. Das kann man alles machen, aber einen wirklichen ökologischen und sozialen Fortschritt mit wenig Verwaltungsaufwand bringt der aus Steuergeldern, Abgaben oder Umlagen finanzierte ÖPNV.

Der Nulltarif gehört in den Klimaschutzplan!

Kommen wir zum Kohleausstieg.

Jedes Kohlekraftwerk ist ein Bremsklotz für die Energiewende und eine noch viel schwerere Last für Klimaschutz und Gesundheit. Die deutschen Braun- und Steinkohlekraftwerke verursachen aktuell knapp 80 % der gesamten CO₂-Emissionen des Stromsektors.

Das Kohlekraftwerk Staudinger muss so schnell wie möglich still gelegt werden. Auch das haben die Grünen 2008 gefordert. Nach den Berechnungen des WWF vom Januar dieses Jahres⁵ muss das Kraftwerk bereits bis 2023 vom Netz.

Verhandeln Sie mit der Betreibergesellschaft! Machen Sie deutlich, dass in spätestens sechs Jahren mit der Kohleverstromung in Hessen Schluss sein muss! Erarbeiten Sie gemeinsam mit

⁴ (23.02.2017) <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen#textpart-1> (19.03.2017)

⁵ Stromsystem - Kohleausstieg 2035; WWF-Studie, 01./2017

Gewerkschaften und Konzern einen Plan, wie die 170 Beschäftigten des Kohlekraftwerks mit erhobenem Haupt weiterhin in der Energieversorgung arbeiten können und warten sie nicht auf den Bund.

Klimaschutz ist eine ökologische und soziale Herausforderung

Weil wir in den letzten 20 Jahren im Klimaschutz kaum vorangekommen sind, ist die verbleibende Zeit für ein Umsteuern sehr kurz. Nur fünf Jahre geben uns die meisten Experten, die entscheidenden Reformen auf den Weg zu bringen. Da hilft nur ein großer Wurf, nicht zuletzt, um auch anderen Ländern zu zeigen, was möglich ist. Und noch scheint es möglich, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 2 Grad zu begrenzen.

Wir haben schon lange das Wissen und auch ökonomisch die Möglichkeit, unsere Zukunft klimaneutral, umweltschonender, gerechter und demokratischer zu gestalten. Und sehr viele Menschen sind bereit dazu. Die schwarz-grüne Landesregierung deutlich nicht. Sie traut den Menschen nicht viel zu und nimmt zu viel Rücksicht auf die Profitinteressen von Industrie und Wirtschaft.

Nur wer Klimagerechtigkeit ernst nimmt und nach Lösungen sucht, die andere nicht übervorteilen, die Reichtum verteilen und die soziale Schere schließen helfen, hat eine Chance, Klimaschutz durchzusetzen. Die betrogenen Massen werden die Bemühungen zum Klimaschutz nicht akzeptieren, wenn sie merken, dass Politik gegen ihre Bedürfnisse steht.

Klimagerechtigkeit ist in dem hessischen Klimaschutzplan ein blinder Fleck.

An keiner Stelle geht die Ministerin auf das Problem ein, dass unser Wirtschaftssystem mit seiner Wachstumslogik, dem überbordenden Konsum und der Reichtumsverteilung den Klimawandel befördern.

Die große soziale Ungerechtigkeit und der Klimawandel sind beides Folgen des Neoliberalismus. **Die Deregulierung hat nicht nur die Wirtschaft heißlaufen lassen, sondern auch das Klima!**

Der Neoliberalismus hat die Ungleichverteilung von Reichtum extrem gesteigert. Er ist nicht nachhaltig, er zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen genauso wie den sozialen Zusammenhalt in unseren Gesellschaften.

Die Globalisierungskritikerin Naomi Klein brachte es auf den Punkt, als sie den 25.000 Menschen auf der Frankfurter Blockupy-Kundgebung an die EZB gerichtet zurief – ich zitiere:

"Ihr seid die wahren Randalierer. Ihr zündet zwar keine Autos an, doch ihr setzt die ganze Welt in Brand." ⁶

Angesichts der fortgeschrittenen Umweltzerstörung wird es nicht genügen, den Kapitalismus irgendwie grün zu machen oder einfach zum früheren sozialdemokratischen Modell des Marktes zurückzukehren.

Papst Franziskus schreibt dazu in seiner Umweltenzyklika – ich zitiere:

⁶ Naomi Klein, 18.03.2015 auf dem Frankfurter Römer.

„[...] die Umwelt ist eines jener Güter, die die Mechanismen des Markts nicht in angemessener Form schützen oder fördern können“. Wieder einmal ist es gut, eine magische Auffassung des Marktes zu vermeiden, die zu der Vorstellung neigt, dass sich die Probleme allein mit dem Anstieg der Gewinne der Betriebe oder der Einzelpersonen lösen“, [Enzyklika 190]

Einen umfassenden gesellschaftlichen Konsens – meine Damen und Herren - werden wir nur erzielen, wenn wir mehr Gerechtigkeit bei der Aufteilung der Lasten für den Klimaschutz haben. Das gilt zwischen den Industriestaaten und den Staaten des globalen Südens genauso wie innerhalb Deutschlands.

- Die Befreiung vieler großer Firmen von der EEG-Umlage geht überhaupt nicht.
- Dass Automobilhersteller über viele Jahre bei Verbrauch und Schadstoffausstoß betrügen, in Deutschland aber nicht zur Rechenschaft gezogen werden, ist ein Skandal.
- Dass die vielen Menschen, die in Hessen täglich den ÖPNV benutzen, aber jedes Jahr steigende Fahrpreise erhalten, ist ungerecht. Die Quittung für ihre umweltfreundliche Mobilität erhalten sie jedes Jahr beim Fahrplanwechsel. Gleichzeitig werden schwere Dienstwagen oder Kohleverstromung subventioniert.

Das sind Schieflagen, Fehlanreize und Ungerechtigkeiten, die beendet werden müssen!
Kein Wort dazu in der Regierungserklärung.

Warum dürfen heute noch Wohnungen ohne Solarzellen und solarthermischen Anlagen gebaut werden? Das geht nicht mehr im Jahre zwanzig nach Kyoto. Warum subventionieren wir eine klimaschädliche Landwirtschaft, die billige Produkte für den internationalen Agrarmarkt produziert. In Hessen gemästete Schweine und Hühner zerstören anderswo die Produktion. Das ist inakzeptabel im Jahre zwei nach Paris. Nein - das war schon immer inakzeptabel. Und warum diskutieren wir über die Blaue Plakette, um relativ wenigen Dieselfahrzeugen die Einfahrt in unserer Städte zu verbieten, wo wir ab 2030 ausschließlich elektrisch, und das vor allem mit Bussen und Bahnen unterwegs sein müssen?

Klimaschutz darf die Gerechtigkeitslücke nicht noch vergrößern. Und das ist möglich, wenn wir beispielsweise einen ÖPNV für alle aus der Besteuerung von Kapitalgeschäften finanzieren. Wenn wir die Mehrkosten für öffentlichen Wohnungsbau im Passivhausstandard aus der Vermögens- oder Erbschaftssteuer finanzieren.

Umverteilung für den Klimaschutz und für mehr soziale Gerechtigkeit. Das ist der Weg, den wir einschlagen müssen, so gewinnen wir die Menschen für den Klimaschutz!

Der Umbau unserer Infrastruktur für den Klimaschutz muss mit sozialen Verbesserungen, mehr Lebensqualität und mehr Mitbestimmung für die Mehrheit der Menschen in unserem Land einhergehen und nicht mit noch mehr Anreizen für die Industrie. **Das sind die Voraussetzungen, die einen gesellschaftlichen Konsens für den Klimaschutz tragen!**

Die Luxusökologie der Grünen verschärft eher die sozialen Gegensätze. Frau Ministerin: Die Latte-Macchiato-Bourgeoisie am Prenzlauer Berg oder im Frankfurter Nordend ist nicht die Avantgarde der Klimabewegung. Der Green New Deal mit seiner Wachstumslogik treibt die Anhäufung von Reichtum weiter voran und verschärft soziale Gegensätze. **Das ungebremsste Anhäufen von Reichtum in den Händen weniger ist nicht nur unsozial. Es ist auch klimaschädlich!**

Klimafreundliche Ernährung oder artgerechte Tierhaltung werden nur dann zur dominierenden Produktionsweise, wenn die Haushaltseinkommen der Putzfrauen, Pförtner

und Sicherheitskräfte hoch genug sind, damit sie sich diese Nahrungsmittel auch leisten können. Und sie werden sich nur dann durchsetzen, wenn die Interessen der mächtigen Fleisch- und Agrarlobby beschnitten werden. Auch davon haben wir kein Wort gehört.

Umverteilung und soziale Gerechtigkeit sind eine zentrale Voraussetzung für den Klimaschutz und das nicht nur in Deutschland sondern weltweit.

Was die Koalition aus CDU und Grünen hier vorgelegt hat, ist nicht geeignet die Klimaschutzziele zu erreichen. Weil die Experten vom Bund für Umwelt und Naturschutz Hessen gesehen haben, dass die Arbeit des Umweltministeriums nicht zielführend ist, haben sie einen eigenen Klimaschutzplan für Hessen erstellt.⁷ Dessen Ziele und Maßnahmen sollte sich die Landesregierung zum Vorbild nehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

⁷ BUND Hessen (2017): [Klimaschutzplan Hessen 2040](#)